

Informationsblätter

Vier Fallen politischen Handelns oder: Warum stimmen Abgeordnete Militäreinsätzen zu?

In außerparlamentarischen Bewegungen wird oft schwer verstanden, was PolitikerInnen, die noch kurz vorher mit an Friedensdemos und Blockadeaktionen teilgenommen haben, die sich gegen Aufrüstung und aggressive NATO-Strategien ausgesprochen haben, dazu bewegt, in dem Moment, in dem ihre Partei in die Regierung eintritt, eine ganz entgegengesetzte Politik zu machen. Dieses Unverständnis führt oft zu Desorientierung. Denn auch AktivistInnen haben häufig eine bestimmte Parteipräferenz, die sich natürlich nicht allein aus den Positionen der jeweiligen Partei zur Friedensfrage ergibt. Die Wandlung der Grünen zur bellizistischen Partei mit ihrem erstmaligen Regierungseintritt 1998 hinterließ in Teilen der Friedensbewegung massive Verunsicherung und führte zur Spaltung und Schwächung der Bewegung.

Für die Friedensbewegung ging diese Abgrenzung negativ aus, da sich Teile der sozialdemokratisch und grün orientierten AktivistInnen aus der Mitarbeit zurückzogen, die Regierungsparteien SPD und Grüne ihre Unterstützung von Strukturen und Aktionen weitgehend einstellten und damit die Friedensbewegung einen ernsthaften Verlust an Organisations- und Mobilisierungspotenzial erlitt. Historisch vergleichbar war diese Situation am ehesten mit dem Eintritt der SPD in die große Koalition 1966, nach dem SPD und Gewerkschaften ihre Unterstützung für die Ostermärsche der AtomwaffengegnerInnen beendeten.

Für PazifistInnen ist es also existenziell wichtig zu verstehen, wie parlamentarische Prozesse und Regierungspolitik funktionieren, um daraus Immunisierungsstrategien gegen Kriegsbeteiligung zu entwickeln. Damit folgen wir Carl von Ossietzky, der

bereits in der Weimarer Republik forderte, der Pazifismus müsse „politisch werden und nur politisch“. Damit meinte er wohlgerne nicht, dass er sich einer bestimmten politischen Partei angliedern sollte. Er meinte auch nicht den angeblichen „politischen Pazifismus“ eines Joschka Fischers, der damit die Beteiligung der Bundeswehr am Jugoslawien-Krieg und den Afghanistan-Krieg rechtfertigen wollte. Gemeint ist ein Pazifismus, der die politischen Bedingungen und Interessen hinter Aufrüstung und Krieg nüchtern analysiert und daraus seine eigenen Handlungsstrategien und -taktiken ableitet. Deswegen möchte ich im Folgenden die wesentlichen Mechanismen beschreiben, die Militäreinsätze für PolitikerInnen zustimmungsfähig machen.

Wie kommen Abgeordnete also zur Zustimmung für Militäreinsätze?

1. Die „Verfügbarkeitsfalle“

PolitikerInnen setzen die Bundeswehr ein, weil es sie gibt und weil sie über bestimmte Fähigkeiten und Ressourcen verfügt. Winni Nachtwei (ehem. MdB B90/Grüne) nennt das die „Verfügbarkeitsfalle“. In den Erklärungen vieler PolitikerInnen von SPD und Grünen zu ihrer Zustimmung zu Militäreinsätzen taucht dieses Element immer wieder auf: die Bundeswehr als Alternative zum Nichtstun. Andere Mittel, um Einfluss auf Konflikte zu nehmen, sind angeblich nicht vorhanden oder ausgeschöpft. Die Bundeswehr ist zudem vergleichsweise einfach einzusetzen. SoldatInnen unterliegen dem Primat der Politik und dem

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8
32423 Minden, Germany
Tel.: +49 571 29456
Fax: +49 571 23019
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:

Sparkasse Minden-Lübbecke
BLZ 490 501 01
Konto 89 420 814
IBAN DE73 490501010089 420814
Swift-Code WELADED1MIN

Der BSV ist Mitglied dieser Organisationen:

European Network for Civil Peace Services
Forum Crisis Prevention
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Befehlsprinzip. Sie haben kein Mitbestimmungs- oder gar Streikrecht, ihre Grundrechte sind eingeschränkt. Der Einsatz ziviler Kräfte in Konfliktregionen ist erheblich komplizierter. Zudem ist zynischerweise die Bereitschaft, Todesfälle von SoldatInnen zu akzeptieren, erheblich höher als bei zivilem Personal, und zwar sowohl in der Politik als auch in der Öffentlichkeit. Die Mär, dass ZivilistInnen in Konfliktgebieten gefährdeter sind als bewaffnete Einheiten, hält sich nachhaltig, obwohl sie inzwischen widerlegt ist.

2. Die doppelte Bündnisfalle

Regierungen sind in Deutschland keine Ein-Parteien-Veranstaltungen. Beide Großparteien haben ein positives Verhältnis zu Bundeswehreinheiten und zur NATO, das ist für sie überhaupt nicht verhandelbar. Bevor sie ihre Grundsätze zugunsten einer auf vier Jahre angelegten Koalition mit einer konsequenten Friedenspartei aufgeben und auf militärische Machtmittel verzichten, gehen sie lieber in die Opposition oder koalieren miteinander, wie SPD und Union 2005. Die Führung der Grünen hat bereits seit Anfang der 90er Jahre systematisch auf eine Veränderung in der Haltung ihrer Partei hingearbeitet, um die Grünen mittelfristig mit der SPD „regierungsfähig“ zu machen. Nach 16 Regierungsjahren einer schwarz-gelben Mehrheit unter Helmut Kohl ergab sich nach der Bundestagswahl 1998 erstmals die Gelegenheit einer Koalition von SPD und Grünen. Diese mit vielen Hoffnungen auch seitens der WählerInnen verbundene Chance hätten die Grünen sehr schnell verspielt, hätten sie sich dem Einsatz der Bundeswehr im Angriffskrieg auf Jugoslawien verweigert und die Koalition an dieser Frage platzen lassen.

Koalitionsverträge sind Verhandlungsergebnisse zwischen asymmetrischen Partnern. Daher stehen die kleineren Parteien stets vor der Frage, welche ihrer Positionen sie zugunsten anderer politischer Forderungen zumindest teilweise aufgeben, um ihnen und ihrer WählerInnenenschaft wichtigere Themen durchzusetzen. Auch in der LINKEN gibt es solche Debatten, so schreibt etwa Gerry Woop (Mitglied des Parteivorstands der LINKEN) in einem Papier der Rosa-Luxemburg-Stiftung: „Absehbar erscheint es nicht möglich, eine Mitte-Links-Regierung zu bilden und dabei jeglichen Auslandseinsatz von Bundeswehrsoldaten abzulehnen. (...) Anhänger der Reformpolitik (in der LINKEN, KV) haben einen transformatorischen Blick auch auf das Feld der Außenpolitik und insoweit aus ihrem Politikverständnis heraus (...) sachlich eine Nähe zur Einzelfallprüfung. Als Gefahr bleibt zudem bestehen, dass eine radikale Positionierung im Fall der Fälle dann nicht eingehalten oder sehr schnell verändert wird, um andere zentrale Politikziele doch umzusetzen.“ (in: Standpunkte 28/201, „UNO-Militäreinsätze in der Diskussion der LINKEN“)

Das ist die Dimension der inneren Bündnisfalle: Die Frage der Auslandseinsätze ist für die Mehrheit der Menschen nicht wahlentscheidend, andere Fragen stehen im Mittelpunkt von Koalitionsvereinbarungen und daher ist eine Ablehnung militärischen Eingreifens ein scheinbar leichtes Opfer auf dem Altar der Bündnis- und Regierungsfähigkeit.

Die äußere Bündnisfalle besteht in den durch die bisherigen Bundesregierungen eingegangenen Verpflichtungen gegenüber UN, EU oder NATO. Abgesehen von der NATO stellt niemand in Frage, dass die Einbindung Deutschlands in Systeme des Völkerrechts und der internationalen Kooperation nach dem Zweiten Weltkrieg eine historische Notwendigkeit war und auch heute noch sinnvoll ist.

Wenn aber EU und UN immer mehr auch militärisch agieren, stellt sich die Frage, wie Deutschland aus diesen Kooperationen ausscheren kann, ohne dadurch internationale Gestaltungsmöglichkeiten zu verlieren. Ein Zurück zu rein nationalstaatlicher Außenpolitik ist auch aus pazifistischer Perspektive keine sinnvolle Option. Eine Entmilitarisierung der Außenpolitik ist aber ohne ein glaubwürdiges Konzept und ohne Bündnispartner unter den anderen Staaten schwer durchsetzbar. Dieses Konzept ist aber noch nicht konkret ausgearbeitet.

Beide Bündnisfallen stehen in engem inhaltlichen Zusammenhang: Der Preis für politischen Einfluss und Gestaltungsmacht ist auf beiden Ebenen die Beteiligung an Militäroperationen. Und da politische Prozesse immer die Aushandlung unterschiedlicher Interessen bedeuten, steht das Machtinteresse einem Verzicht auf die Gewaltoption entgegen. Unter diesen Bedingungen ist es besonders schwierig, eine stringente Friedensposition durchzuhalten.

3. Die Glaubensfalle

Die Kognitionsforschung liefert wichtige Erkenntnisse über das Funktionieren menschlichen Bewusstseins: Je häufiger Menschen bestimmte Dinge selbst tun, umso eher glauben sie daran. Wer also jeden Sonntag in die Kirche geht und betet, wird in der überwiegenden Zahl der Fälle auch gläubig werden, selbst wenn er/sie das zunächst nicht aus eigenem Antrieb getan hat.

Das trifft insbesondere zu, wenn jemand seine/ihre Einstellung zu einer wichtigen Frage grundlegend verändert hat und dies vor sich selbst und anderen rechtfertigen muss. Der Volksmund sagt: „Die größten Kritiker der Elche waren früher selber welche.“ Und auch dafür gibt es viele Beispiele: Die radikalsten Pazifisten waren mal Militärs, die militantesten Atheisten früher Ministranten und die übelsten KriegsbefürworterInnen wollten früher mal raus aus der NATO und rein ins Vergnügen.

Für viele grüne und sozialdemokratische Abgeordnete war die ihnen von der eigenen Führung abgezwungene Zustimmung zum Jugoslawienkrieg ein geradezu traumatisches Erlebnis, das nicht grundlos hinterher mit dem religiösen Begriff des „Sündenfalls“ beschrieben wurde. Eine Retraumatisierung erfolgte 2001 mit Afghanistan, als Kanzler Schröder (SPD) seine völlig zu Recht zweifelnden Abgeordneten mit der Vertrauensfrage ins Korsett der Koalitionsdisziplin zwang und die SkeptikerInnen bei den Grünen auswürfelten, wer trotz schwerer Bedenken dem „Krieg gegen den Terror“ zustimmen musste.

Wenn PolitikerInnen, die Militäreinsätze eigentlich ablehnen, in einem Fall eine Ausnahme machen, werden sie

diese Ausnahme vor der Öffentlichkeit immer wieder rechtfertigen müssen. Nur die wenigsten haben dabei den Mut, ehrlich zu sagen: „Ich habe dazu eine andere Auffassung, aber meine Fraktion hat dies aus Gründen der Koalitionsdisziplin so entschieden.“ Oder: „Als kleinerer Partner konnten wir uns in dieser Frage nicht durchsetzen.“ Eine solche Erklärung würde zudem von den WählerInnen bei der nächsten Wahl eher nicht honoriert. Menschen wählen eine bestimmte Partei, weil sie von ihr die Durchsetzung politischer Ziele erwarten. Niederlagen wirken demotivierend, dauernde Niederlagen gefährden den Wahlerfolg. Und in einer existenziellen Frage wie Krieg und Frieden erwartet die Öffentlichkeit zu Recht gute Argumente für eine Entscheidung pro oder contra. Die meisten PolitikerInnen haben diese Erkenntnis tief verinnerlicht und stellen sie kaum infrage.

Also benutzen sie inhaltliche Argumente für die Rechtfertigung ihres Stimmverhaltens. Selbst wenn sie dabei Begründungsmuster verwenden, von denen sie zunächst nur wenig überzeugt sind, wird ihre Überzeugung von Mal zu Mal wachsen. Die so gelernten Muster verfestigen sich im Gehirn zu eigenen Überzeugungen. Beim nächsten Mal sind sie schon leichter abrufbar und werden kaum noch hinterfragt.

Ein gutes Beispiel für die Funktionsweise dieses Mechanismus' ist das neue Legitimationsinstrument der „Responsibility to Protect“ (R2P), das viele Abgeordnete aus dem Bereich der Außenpolitik inzwischen fast reflexhaft zur Begründung von Militäreinsätzen anwenden. Die ursprüngliche Zielsetzung dieses Konzepts, nämlich Regierungen an die Schutzverantwortung gegenüber der eigenen Zivilbevölkerung zu erinnern und die Staatengemeinschaft aufzufordern, dies von jedem Staat nachdrücklich zu verlangen, ist einer vollkommen willkürlichen Instrumentalisierung für westliche Interessen und deren militärische Durchsetzung gewichen, wie das Beispiel Libyen zeigt. Und heute sind es in den Bundestagsdebatten vor allem Abgeordnete der Grünen, die besonders scharf für eskalierende Strategien wie Sanktionen, Flugverbotszonen oder militärische Regimewechsel eintreten.

4. Die Verlässlichkeitsfalle

Wer sich für den Weg der parlamentarischen Politik entscheidet, lässt sich auf bestimmte Strukturen und Spielregeln ein. Im Parlament und in der Öffentlichkeit vertritt die Abgeordnete die Positionen ihrer Fraktion.

Um parlamentarisch wirken zu können, ist es notwendig, die eigenen Forderungen kompetent und glaubwürdig zu vertreten. Die Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen, aber auch in der eigenen Fraktion, macht es notwendig, immer wieder die eigene Position zu überprüfen, ggf. Kompromisse zu schließen und allgemein die Spielregeln des parlamentarischen Betriebs zu beherrschen. Um etwas durchzusetzen ist es von Bedeutung, als VerhandlungspartnerIn auch von den anderen Fraktionen ernst genommen zu werden. Dafür braucht man Konzepte und Ideen, wie die eigenen Grundsätze in praktische Politik umgesetzt wer-

den können, aber auch eine innere Reißleine, die signalisiert welche Positionen unverhandelbar sind.

Politik ist in Fachgebiete aufgeteilt, die in der Regel den Bundestagsausschüssen zugeordnet sind. Innerhalb der Fraktionen sind es die jeweiligen FachpolitikerInnen, die inhaltliche Vorgaben für die Positionierung der gesamten Fraktion erarbeiten. Wenn man sich ansieht, welche Abgeordneten von Union, SPD oder Grünen auch entgegen der Empfehlung ihrer Fraktion gegen Militäreinsätze stimmen, fällt auf, dass es sich fast ausnahmslos um solche handelt, die in anderen Fachgebieten tätig sind. Das hat mehrere Gründe:

Erstens werden überzeugte PazifistInnen oder KritikerInnen von Militäreinsätzen von diesen Fraktionen in der Regel nicht in die entscheidenden Ausschüsse für Militäreinsätze entsandt und wenn, dann bekommen sie dort keine führende Funktion.

Zweitens sind die entsprechenden Positionierungen der Fraktionen meist in intensiven Beratungs- und Verhandlungsprozessen entstanden, an denen die FachpolitikerInnen beteiligt waren. Kompromisse, die man selbst ausgehandelt hat, stellt man aber nicht hinterher durch abweichendes Verhalten infrage, weil das die eigene Glaubwürdigkeit beschädigen würde.

Drittens sind Fraktionen toleranter gegenüber abweichenden Positionen, solange sie von ressortfremden Abgeordneten geäußert werden. Außenpolitik ist immer auch Cheffinnensache. Abgeordnete, die sich in diesen Bereichen abweichend von der Fraktionslinie verhalten, werden in der Regel unter massiven Druck gesetzt. Das kann bedeuten, dass sie keinen Zugang zu politischen Ämtern oder zu Ressourcen ihrer Fraktion erhalten. Sie bekommen keine Redezeit im Parlament zugeteilt, wie etwa Christian Ströbele (B90/Grüne), oder verlieren gar ihr Mandat.

Gedanken zum Weiterdiskutieren

Diese Fallen zu kennen ist eine Voraussetzung für wirksame Einflussnahme auf politische Prozesse. Die Friedensbewegung muss sich in ihrem außerparlamentarischen Handeln darauf einstellen, dass PolitikerInnen glaubwürdige und realitätstaugliche Antworten auf politische Herausforderungen brauchen, um das Nein zu Militäreinsätzen auch unter den Bedingungen parlamentarischer Vorgänge und internationaler Strukturen durchzuhalten.

Daraus ergeben sich folgende Anregungen für die Weiterarbeit:

- Die Friedensbewegung sollte politischer und strategischer denken und handeln. Auch wenn Parteiunabhängigkeit wesentlich für die Friedensbewegung ist, so muss sie sich doch die Frage stellen, wie ihre Forderungen in der Bevölkerung so popularisiert werden können, dass sie stärker als bisher wahlentscheidend werden. Dafür sollte sie gezielt auch BündnispartnerInnen im parteipolitischen Raum suchen. Das ist übrigens eine dauerhafte Aufgabe, die sich nicht in Wahlprüfsteinen und Podiumsdiskussionen kurz vor Bundestagswahlen erschöpfen darf.

- Abgeordnete, die sich Fraktionsdisziplinen widersetzen und gegen Militäreinsätze stimmen, brauchen Zuspruch und Unterstützung aus dem außerparlamentarischen Raum, auch gerade in ihren Wahlkreisen. Sie sollten möglichst oft Gelegenheit bekommen, ihr Abstimmungsverhalten öffentlich zu begründen und dafür Zustimmung erfahren. Das gilt natürlich auch für Abgeordnete, die gemeinsam mit ihrer Fraktion gegen Militäreinsätze stimmen, denn auch sie können in eine Situation geraten, in der sie starke Abwehrkräfte gegen die allgegenwärtigen Fallen benötigen.

- Die Entwicklung von Konzepten für staatliches Handeln im internationalen Kontext sollte ebenso wichtig werden wie der zivilgesellschaftliche Einsatz für Zivile Konfliktbearbeitung. Dabei kommt es nicht nur auf die Glaubwürdigkeit und Realitätstauglichkeit dieser Konzepte an, sie müssen auch populär vermittelbar sein.

Wir brauchen Zivile Konfliktbearbeitung in Zukunft nicht als Feigenblättchen neben oder als Entsorgungsmaßnahme nach Militärinterventionen, sondern als Alternative. Dazu müssen die entsprechenden Maß-

nahmen und Programme aber eine Größenordnung erreichen, die mit rein zivilgesellschaftlichen Mitteln gar nicht erreichbar ist.

Das bedeutet keine Konkurrenz zu zivilgesellschaftlichem Engagement oder gar seine Abwertung, im Gegenteil: Friedensbewegungen könnten sich wieder stärker um ihre eigentlichen Aufgaben kümmern: Die Beseitigung der Ursachen von Krieg und Gewalt, der Widerstand gegen Militarisierung und die Entwicklung gewaltfreier Strategien und Methoden. Wenn der Pazifismus politischer wird, dann gibt es berechnete Hoffnung, dass auch die Politik pazifistischer wird.

Kathrin Vogler ist Bundestagsabgeordnete für DIE LINKE, Obfrau im Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ und Mitglied des BSV. Der Text entstand zur Vorbereitung auf den BSV-Bundesausschuss im November 2011.

Weitere Materialien

Hintergrund- und Diskussionspapier: Den Kreuzzug durchkreuzen - 10 Jahre Krieg gegen den Terror

Dokumentation der BSV-Jahrestagung 2011 mit Beiträgen von Martin Arnold, Otfried Nassauer, Elke Steven, Ute Finckh-Krämer, Otmar Steinbicker, Stellan Vinthagen, Roland Schüler, Gudrun Knittel, Renate Wanie und Björn Kunter.

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 31: Den Kreuzzug durchkreuzen - 10 Jahre Krieg gegen den Terror, hg. v. BSV, Juli 2011, ISSN 1439-2011, 55 Seiten, 3,50 Euro.

Infoblatt: Afghanistan-Konferenz

Informationsblatt zur Afghanistan-Konferenz auf dem Bonner Petersberg 2011 von Otmar Steinbicker.

Hg. v. BSV, Juli 2011, 2 Seiten, kostenlos.

Diese und andere Materialien stehen als pdf-Datei zum Download auf der BSV-Website bereit. Sie können außerdem über das BSV-Büro in gedruckter Form kostenlos bestellt werden.

Der Bund für Soziale Verteidigung (BSV)

Der Bund für Soziale Verteidigung ist 1989 von Organisationen und Persönlichkeiten der Friedensbewegung wie Petra Kelly, Prof. Dr. Theodor Ebert und Roland Vogt beziehungsweise Pax Christi, dem Versöhnungsbund und Ohne Rüstung Leben gegründet worden. Meilensteine bei der Entwicklung des BSV waren das Balkan Peace Team (1994-2001), die Einrichtung des Zivilen Friedensdienstes und die innergesellschaftliche Kampagne Wege aus der Gewalt.

Neben der Geschäftsstelle in Minden engagieren sich die 450 Einzelmitglieder und 40 Mitgliedsorganisationen im Vorstand und fünf bundesweiten Arbeitsgruppen. Etwa 1000-1500 Menschen unterstützen uns mit ihrer Spende.